

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 16 (1975)
Heft: 18

Artikel: Allende und der europäische Sozialismus : ein parteiinternes Tabu als Beispiel und Symptom
Autor: Puelma, Mario
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1095019>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Ein parteiinternes Tabu als Beispiel und Symptom

Allende und der europäische Sozialismus

Am 11. September jährt sich zum zweiten Male der Tag des gewaltsamen Sturzes von Präsident Allende und seinem chilenischen Volksfrontregime. Kurz vor diesem Datum ist ein längst fälliges Buch erschienen, das in den politisch verantwortlichen Kreisen des freien Europas weiteste Beachtung verdient.* Und zwar deshalb, weil es ein Problem anspricht, das man die Gretchenfrage an die heute den grössten Teil Westeuropas beherrschenden Parteien der Sozialistischen Internationale nennen kann: Wie steht Du zu Allende?

Bekanntlich haben die Sozialistische Internationale in London ebenso wie die Mitgliedparteien aller europäischen Länder unmittelbar nach dem 11. September 1973 in feierlichen Erklärungen, die häufig den Charakter von Regierungs- oder Parlamentserklärungen annahmen, ihre uneingeschränkte Solidarität mit Regierungsprogramm und Regierungspraxis des gestürzten marxistischen Präsidenten Chiles bekundet.

Identifizierung womit?

Diese Solidarisierung und Selbstidentifizierung von grundsätzlich rechtsstaatlich-demokratisch programmierten sozialistischen Parteien galt dem Führer einer sich offen zum Marxismus-Leninismus bekennenden Parteienkoalition Chiles, deren Hauptpartner, der links des Kommunismus stehende Partido Socialista Chileno (Allendes Partei), nie der Sozialistischen Internationale angehört hat, sondern dieser so ferne gewesen ist wie

* Lothar Bossle: «Allende und der europäische Sozialismus». Stuttgart 1975, 146 Seiten, Fr. 17.30.

die ostdeutsche SED oder Fidel Castro. Dazu kam die Tatsache, dass der Gegenstand der Selbstidentifizierung unserer europäischen Sozialisten in erster Linie in Moskau und Prag, Pankow und Havanna als Artgenosse par excellence angesehen, gefeiert und betrauert wurde. Eine derartige Koinzidenz mag im Zeitalter der «Entspannung» nicht weiter auffällig sein; sie wirkt trotzdem unheimlich — oder deswegen erst recht.

Noch bedenklicher aber muss ein anderer Umstand wirken: In offiziellen Kreisen des europäischen Sozialismus ist bisher jeder Versuch schon im Keime erstickt worden, eine offene kritische Diskussion um die Prämissen anzubahnen, auf der diese Solidarisierung beruht. Nämlich auf die im vornherein zum Glaubenssatz erhobene Annahme, dass Allendes marxistisches Volksfrontprogramm ebenso wie seine Regierungstätigkeit von 1970 bis 1973 den Anforderungen im wesentlichen voll genügt hat, die auch ein Mitglied der Sozialistischen Internationale im Sinne eines freiheitlich-rechtsstaatlichen, demokratischen Sozialismus zu erfüllen hat.

Diskussionsverbot am Exempel

Die bundesdeutsche Sozialdemokratie hat dafür einen Musterfall geliefert. Die am 19. September 1973 verabschiedete Entschliessung der SPD-Fraktion des deutschen Bundestages, welche die Solidarität mit dem gestürzten Volksfrontregime Chiles verkündet, erklärt ex cathedra Allende problemlos zum «loyalen Demokraten» und «bis zuletzt verfassungstreuen Präsidenten»; das Communiqué der gemeinsamen Sitzung von Parteirat, Parteivorstand und Kontrollkommission der SPD vom 13. Oktober 1973 in Hamburg bezeichnet ihn als den «entschiedenen Vorkämpfer für einen demokratischen Sozialismus».

Als einziger auf weiter Flur wagte ein damals seit 27 Jahren der SPD angehöriger Bundestagsabgeordneter, Dr. Friedrich Beermann, parteiintern (Sitzung der SPD-Bundestagsfraktion vom 18. September 1973; Landesparteitag in Heiligenhafen vom 19. November 1973) und öffentlich (bz-Interview vom 4. Dezember 1973) diese dogmatische Qualifizierung des chilenischen Volksfrontführers in Frage zu stellen. Dies aufgrund authentischer Dokumente (darunter die Erklärung des chilenischen Parlaments vom 22. August 1973, welche die Verfassungswidrigkeit von Allendes Regierungstätigkeit ausdrücklich feststellte und die Armeeführung zu Hilfe rief, weil sich das Regime über die Beschlüsse der gewählten Volksvertreter einfach hinwegsetzte).

Instanzen der Disziplinierung

Beermann forderte dementsprechend eine Zurückstellung der parteioffiziellen Solidaritätserklärung, bis eine gründliche, kritische Diskussion über die grundlegende Kernfrage nach dem eigentlichen demokratischen Gehalt von Allendes Regierungsprogramm und nach der Verfassungsmässigkeit seiner Regierungspraxis stattgefunden habe.

Das Ergebnis dieser Aufforderung zu kritischer

Demokraten contra Demokratie?

Wie immer sich das Militärregime der letzten zwei Jahre in Chile ausnimmt (und es nimmt sich zum Beispiel auf keinen Fall schlimmer aus als die Militärdiktatur in Peru, die von der öffentlichen Meinung geschont bis gutgeheissen wird), die Liquidierung der Demokratie fand nicht erst durch seine Machtergreifung statt.

Das ist denn auch das Thema, das Mario Puelma in seinem Chile-Buch behandelt hat: «Chile 1970-1973. Die Zerschlagung einer Demokratie». (Dieser TM-Band 28 des SOI-Verlages ist 1975 in einer zweiten Auflage erschienen, die ergänzt und erweitert worden ist; 248 Seiten, Fr. 24.—) Prof. Puelma legt in seinem Buch dar, dass die Zerschlagung der Demokratie in Chile tatsächlich unter dem Volksfrontregime Allendes stattfand, und zwar in systematischer Weise, in bewusster Aushöhlung und Zerstörung des übernommenen Rechtsstaates, unter bewusster Missachtung der Bevölkerungsmehrheit und ihrer Vertretung, unter bewusster Ausschaltung der

institutionellen Garanten für Gewaltentrennung und Gewaltkontrolle. Und für diese Darlegung wird — dazu dient der geradezu schockierend informative Gehalt des Buches — ein detaillierter Wahrheitsbeweis erbracht. Die Dokumentation ist so, dass ihre Schlüssigkeit nur geleugnet, nicht aber widerlegt werden kann.

Mario Puelma untersucht die fragliche Periode und ihre Vorgeschichte anhand der authentischen und relevanten Quellen (von denen er viele dem Leser im Anhang direkt vorlegt), die gerade in der Selbst- und Freunddarstellung des Regimes so aussagekräftig sind, dass sie für eine unabhängige Meinungsbildung über das Geschehen in diesem Land gar nicht fehlen dürften. Aus ihnen wird klar, dass die Machtergreifung durch die Militärs nur durch die vorangegangene Liquidierung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit überhaupt zu verstehen ist.

Gewiss war Allende der legal gewählte Präsident des Landes gewesen. Aber er verliess die Legalität selber, lange bevor er durch den Putsch gestürzt wurde. Wobei man schon vergessen hat, dass dem Putsch revolutionäre Zustände vorangegangen waren, bei denen Allende unter anderem bewaffnete Streitkräfte gegen streikende Arbeiter einsetzen liess!

Tatsächlich ist Allendes Umgang mit der Demo-

kratie eine Sache, die sich vorerst nachweisen lässt; die Bewertung hat also ihren Grund. Und in einem gewissen Sinn muss man es unsern okzidentalischen Allende-Solidaristen schon fast zugeute halten, dass sie sich dagegen sperren, den Nachweis zur Kenntnis zu nehmen. Anders wäre ihre Gutheissung von Allendes «Demokratie» nicht länger eine zweifelhafte Angelegenheit, sondern ein unmissverständliches Bekenntnis zur Abschaffung der Demokratie.

Sofern man unter Demokratie eine pluralistische Ordnung versteht, mit der Möglichkeit zur freien Mehrheitsbildung, mit der Voraussetzung der Oppositionsfreiheit, mit der Garantie der Rechtsstaatlichkeit. Versteht man sie anders, dann freilich kann man das, was Allende getan hat, Einführung der Demokratie nennen. Ebenso wie man dann das, was Hitler getan hat, Einführung des Sozialismus nennen kann; schliesslich hat er das ja so aufgefasst.

Es bleibt zu hoffen, dass unsere sozialen Demokraten (und wer will nicht dazugehören?) sich ihre Auffassungen von Sozialismus und Demokratie nicht bei den Diktatoren holen. Das Image dieser Dinge in der Diktatur lassen sie schon weitgehend gelten, und da sind die Grenzen halt fliessend geworden. In unserem «Testfall Allende» wird zweifellos weitherum ein Allende der



Salvador Allende. Beruht seine Legende auf Missverständnis oder Affinität?

Besinnung in freier Diskussion war die offizielle Aechtung des die Glaubenseinheit der Partei störenden Mahners durch den Landesparteitag von Heiligenhafen am 19. November 1973 sowie die anschließende Einleitung eines Parteiordnungsverfahrens mit dem Ziel, den Ketzer aus der Par-

Legende verehrt. Aber ist es eine Legende, die seine Zugehörigkeit zum totalitären Lager verkennet oder nur verklärt? Früher wäre das eine wichtige Unterscheidung gewesen; heute enthält die gängige Mentalität beide Elemente: die «bourgeoise Demokratie» wird verleumdet und in Anspruch genommen.

Allende hatte zum undemokratischen Ziel den demokratischen Weg verkündet. Er hat ihn keineswegs eingehalten, und das ist etwas, was man hier einfach nicht wahrhaben will, was man gegen die schlüssige Evidenz leugnet. Der undemokratische Weg macht unsern westlichen Demokraten unter den Sympathisanten Allendes doch Unbehagen; da weigern sie sich, ihm hinter die Legende zu gucken. Aber was ist mit dem Ziel? Seine Güte scheint kaum bestritten zu sein. Das könnte auf einem Missverständnis beruhen (obwohl z. B. Allendes Buch «Chiles Weg zum Sozialismus» ganz eindeutig kundtut, wo die übernommene pluralistische Demokratie der «Volksmacht» zu weichen haben wird) oder dann eben auf freiwilliger Gutheissung solcher nach unsern Begriffen undemokratischer Zielsetzung. Wenn es ein Missverständnis ist, müsste es jetzt ausgeräumt werden, sonst kommt dann die unfreiwillige Gutheissung an seine Stelle. Oder ist sie schon da? cb

teigemeinschaft auszustossen oder mit zeitweiliger Suspendierung zu bestrafen. Das im Januar 1974 (auf Antrag des Ortsvereins Münster-Nord der SPD und des Landesverbandes Berlin, Kreis XI Schöneberg, 10. Abteilung) eingeleitete Verfahren wurde zwar in erster Instanz eingestellt (6. Juni 1974), jedoch durch Berufung der Antragsteller an die Landesschiedskommission der SPD Schleswig-Holstein (Kiel) verwiesen, die dann am 19. November 1974 mit zwei gegen eine Stimme (des Vorsitzenden) dem Genossen Beer- mann eine «Rüge» erteilte.

Aus der Begründung des abweichenden Votums des Vorsitzenden, Genosse Heinz Adler, verdienen die Schlussworte festgehalten zu werden. Sie enthalten die Schlussfolgerung aus einer Reihe dokumentarischer Fakten, die das Demokratieverständnis und die Rechtmässigkeit von Allendes Regierung zumindest frag- und diskussionswürdig erscheinen lassen müssen:

«Die vorstehend dargelegten Fakten reichen nach Meinung des Unterzeichners dazu aus, um die Diskussionsbeiträge des Berufungsgegners als erörterungswürdig und nicht als rügebedürftig zu betrachten. Derartige Auseinandersetzungen

soziale Kreise hinein das Thema Allende im Gefolge des sozialistischen Wahrspruches, das jede Kritik am Heiliggesprochenen als faschismusverdächtiges Sakrileg erscheinen lässt, aus der Diskussion behutsam ausgespart wird.

Vielleicht gelingt es Bossles Allende-Buch mit seiner herausfordernden Fragestellung, die europäischen Sozialisten aus dem Busch zu klopfen und die für das Selbstverständnis des demokratischen Europas längst fällige kritische Diskussion um die historischen Fakten des Allende-Experimentes endlich in Gang zu bringen.

Eine solche Selbstbesinnung der grossenteils regierungsverantwortlichen sozialistischen Parteien Europas könnte für die um die Zukunft des noch freien Erdteiles Besorgten nur beruhigend wirken. Denn solange sie nicht erfolgt, sondern im Gegenteil die bedingungslose Selbstidentifizierung der europäischen Sozialisten mit dem gescheiterten marxistisch-leninistischen chilenischen Volksfrontführer offizielle Parteidoktrin bleibt und gar noch vertieft wird, muss sich die beängstigende Frage aufdrängen, ob in Führern der europäischen Sozialdemokratie nicht potentielle Allendes und Castros stecken, für die



Massendemonstrationen gegen Allende (wie diese Kundgebung in den Strassen von Santiago 1972) wurden vom Regime zunächst als eine Sache der «besseren Kreise» abgetan. Als später Zementarbeiter, Bergleute und Lastwagenchauffeure streikten, antwortete man nicht mehr mit Spott, sondern mit Polizei und Militär. Aber im Westen assoziiert man die Vorstellung «Militäreinsatz gegen Werkeltätige» mit Pinochet. Nun, möglicherweise hatte er damit zu tun, nur – vor seiner Machtergreifung und auf Befehl von Allende!

müssen in der SPD erlaubt sein und ohne Gefahr von Parteiordnungsmassnahmen stattfinden dürfen.»

Ist pluralistische Demokratie für rechtsstaatliche Sozialisten nur noch Uebergangsphase?

Die hier anstelle inquisitorischer Verfügungen einer parteipolitischen Glaubensbehörde geforderte freie Diskussion als Basis der Lösung von Problemen hat im Falle Allende-Sozialdemokraten bis heute noch nicht stattgefunden. Statt dessen wurde der mutige Vorsitzende Adler auf dem letzten Parteitag der SPD abgewählt. Die Selbstidentifizierung der SPD mit Theorie und Praxis von Allendes marxistisch-leninistischer Volksfront bleibt nach wie vor offizieller Glaubensartikel der deutschen ebenso wie anderer europäischer Landesparteien der Sozialistischen Internationale, während bis weit in liberal-christlich-

— wie für jene — am Ende die rechtsstaatlich-repräsentative Demokratie entgegen ihren programmatischen Augenblicksbeteuerungen nur den Stellenwert einer Uebergangsstufe im Transformationsvorgang zum «totalen» Sozialismus einnimmt.

Ein Testfall

Es ist das Verdienst von Bossles Studie, dass sie diese Frage am Testfall des zu einem europäischen Politikum gewordenen Allende-Mythos einmal deutlich aufwirft. Es ist nun an den europäischen Sozialisten, mögliche Missverständnisse auszuräumen, indem sie sich ihrerseits einer sachlichen, von ideologischen Glaubenssätzen freien Diskussion um die historische Erscheinung des marxistischen Experimentes in Chile und seines unglücklichen Anführers stellen. Und notabene: Die Aufforderung betrifft nicht nur die sozialistischen Demokraten. Mario Puelma